

<b>ANFRAGE</b>  Stadtrat Jürgen Wenzel (FW)  vom 14.11.2015	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>19. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>15.12.2015</b> <b>2015/0693</b> <b>46</b> <b>öffentlich</b>
<b>Demokratie-Reform Baden-Württemberg - Auswirkungen auf die Kommunen</b>		

- A. Welche Informationen liegen der Verwaltung hinsichtlich der am 14.10.2015 im Landtag von Baden-Württemberg verabschiedeten „Demokratie-Reform“ vor?
- B. Wie wird die Umsetzung der „Demokratie-Reform“ für Karlsruhe erfolgen?
1. Bei der Umsetzung der Transparenz?
  2. Bei der Umsetzung der Einwohneranträge und Einwohnerversammlungen bei denen Bürger jetzt eigene Themen auf die Agenda ihres Gemeinderates setzen können?
- C. Welche Auswirkungen wird der „Einwohnerantrag“ auf das Antragsrecht auf das Antragsrecht der Gemeinderatsmitglieder haben?
1. Ist durch diese Regelung das Antragsrecht nur für Fraktionen hinfällig geworden?
- D. Wie werden die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt über ihre neuen Rechte informiert?

**Sachverhalt / Begründung:**

Zehn Jahre hat der Verein „Mehr Demokratie“ für eine umfassende „Demokratie-Reform“ in Baden-Württemberg gekämpft. Nun hat der Landtag am 14.10.2015 die sogenannte „Demokratie-Reform“ auf kommunaler Ebene endlich beschlossen, wonach neue Regelungen zu Bürgerbegehren & Bürgerentscheiden verabschiedet wurden, die aller Voraussicht nach am 01.12.2015 in Kraft treten.

unterzeichnet von:  
Jürgen Wenzel

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -  
4. Dezember 2015